

Jüdische Schulbildung im 21. Jahrhundert

Die I. E. Lichtigfeld-Schule und die Joseph-Carlebach-Schule in Geschichte und Gegenwart

2023 gehörten insgesamt 16 jüdische Schulen zur deutschen Bildungs- und Schullandschaft, die sich aus zehn Grund- und sechs weiterführenden Schulen zusammensetzten und in der Mehrheit in den 2000er Jahren gegründet wurden.² Zwischen 1945 und 1990 existierten nur drei jüdische Schulen in Deutschland. Dies waren ausschließlich Grundschulen, die in Frankfurt am Main (1966), München (1969) und Berlin (1986), demnach in Großstädten mit einer höheren Anzahl an Jüd:innen, gegründet worden waren.³ Insgesamt stellten Jüd:innen bis zu Beginn der 1980er Jahre generell infrage, ob Deutschland nach der Shoah ein geeignetes Zuhause für sie und ihre Familien sein könne. Die Frage nach dem *Gehen oder Bleiben* spielte folglich auch bei der Gründung jüdischer Schulen in den ersten Jahren und Jahrzehnten nach der Shoah eine entscheidende Rolle. In Westdeutschland lebten zu Beginn der 1960er Jahre nur ca. 3350 jüdische Kinder und Jugendliche im Alter von unter zwanzig Jahren.⁴ Diesen Zahlen entsprechend gab es in der ersten Phase jüdischer Schulgründungen post-1945 auch nur eine kleine Anzahl an Pädagog:innen, welche Hebräisch und jüdische Religion unterrichten konnten, die zum Fächerkanon aller drei jüdischen Grundschulen gehörten, die vor den 1990er Jahren in Deutschland bestanden.

Seit Mitte der 1990er Jahre und insbesondere seit Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Großteil der heute bestehenden jüdischen Schulen gegründet, wobei

- 1 Der Aufsatz ist im Rahmen des vom BMBF geförderten Forschungsprojekts »Religiös codierte Differenzkonstruktionen – jüdische Perspektiven« (2021-2024) unter der Leitung von Dr. Karen Körber am Institut für die Geschichte der deutschen Juden entstanden. Das Forschungsprojekt untersucht die Herausforderungen und Möglichkeiten jüdischer Schulen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft im 21. Jahrhundert. Das Sample der Studie bestand im Sommer 2023 aus acht Expert:innen-Interviews mit Lehrkräften und Schulleitungen der I. E. Lichtigfeld-Schule in Frankfurt am Main und der Joseph-Carlebach-Schule in Hamburg sowie aus 28 leitfadengestützten Interviews mit Schüler:innen und Eltern. Die Interviews und dazugehörigen Transkripte sind im IGDJ Projektarchiv archiviert.
- 2 Zentralrat der Juden in Deutschland (Hrsg.), Jüdische Einrichtungen: Jüdische Schulen, <https://www.zentralratderjuden.de/vor-ort/juedische-einrichtungen/> (eingesehen am 26.7.2023).
- 3 Ebd. Vgl. auch Matthias Springborn, Jüdische Kinder- und Jugendbildung in Deutschland seit 1945: Schulungskontexte und Wissensbestände im Wandel, Berlin 2021, S. 165 f.
- 4 Ebd., S. 134.

diese unter gänzlich anderen Bedingungen aufgebaut wurden. Denn durch die Migration russischsprachiger Jüd:innen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion vergrößerten sich die jüdischen Gemeinden seit den 1990er Jahren an vielen Orten und die Bedarfe an jüdischen Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche wuchsen. Die existierenden jüdischen Grundschulen in Frankfurt am Main, München und Berlin wurden durch den Zuwachs an russischsprachigen jüdischen Kindern um Gymnasien als weiterführende Schulform vergrößert und in anderen Städten, wie z. B. in Köln, Düsseldorf, Stuttgart und Hamburg, eröffneten erstmals seit 1945 neue jüdische Schulen. In Berlin gibt es mittlerweile neben der Heinz-Galinski-Grundschule und dem Jüdischen Gymnasium Moses Mendelssohn, die sich beide in der Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde zu Berlin befinden, auch Schulen von Chabad Lubawitsch, der Ronald S. Lauder Foundation und des Masorti e. V., die über unterschiedliche jüdisch-religiöse Profile verfügen.

Die neu gegründeten jüdischen Schulen unterscheiden sich somit in ihrer Anzahl und Größe wie auch in der Ausdifferenzierung der pädagogischen Konzepte und jüdisch-religiösen Profile von den ersten Schulen seit den 1960er Jahren. Die heutige Schülerschaft besteht an den meisten Schulen aus nichtjüdischen und jüdischen Schüler:innen, wobei auch innerjüdisch eine Vielzahl an religiösen und säkularen Selbstverständnissen sowie verschiedene Migrationshintergründe prägend sind. Zudem ist mit Beginn des 21. Jahrhunderts eine Institutionalisierung und Pluralisierung jüdischer Bildung zu beobachten, die sich in der Entwicklung jüdischer Bildungsmaterialien, in jährlichen, von der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) organisierten Fortbildungen für jüdische Pädagog:innen sowie in der 2001 begonnenen universitären Ausbildung jüdischer Religionslehrer:innen und der Einführung von Kerncurricula für Jüdische Religion als schulisches Unterrichtsfach widerspiegeln.

Vor diesem Hintergrund werden am Beispiel der I. E. Lichtigfeld-Schule in Frankfurt am Main und der Joseph-Carlebach-Schule in Hamburg die Möglichkeiten und Herausforderungen jüdischer Schulbildung im 21. Jahrhundert diskutiert, die zugleich Einblicke in den Aufbau jüdischer Bildungseinrichtungen ermöglichen. Anhand der Geschichte der ersten jüdischen Schule Deutschlands seit der Shoah dokumentiert sich am Frankfurter Fall der Wiederaufbau jüdischer Bildungseinrichtungen seit den späten 1960er Jahren, während die Geschichte der Joseph-Carlebach-Schule das Wirken zweier orthodoxer Outreach-Bewegungen sowie veränderte Gemeindestrukturen durch die Immigration russischsprachiger Jüd:innen zu Beginn der 2000er Jahre verdeutlicht. In der Gegenüberstellung der Schulen offenbaren sich Herausforderungen und Aufgaben, mit denen jüdische Schulen im 21. Jahrhundert konfrontiert sind: Wie gestaltet sich das Schulleben angesichts einer heterogenen Schülerschaft und welche Diskussionen resultieren hieraus? Welche Bedarfe und Erwartungen gehen für jüdische Familien mit der Wahl einer jüdischen Schule einher?

Welche Rolle spielen die Schulen bei der Vermittlung jüdischer Bildung und Erziehung im 21. Jahrhundert?

Der Aufbau jüdischer Schulen nach 1945

Die Frankfurter Jüdische Schule wurde auf Initiative von Rabbiner Isaak Emil Lichtigfeld im Frühjahr 1966 als erste jüdische Grundschule im Nachkriegsdeutschland eröffnet.⁵ Die Schulgemeinschaft bestand zunächst aus dreißig Kindern, die sich in eine erste und eine zweite Klasse aufteilten. Die Gründung der Lichtigfeld-Schule bedeutete, dass Kinder zum ersten Mal im regulären Schulbetrieb in Jüdischer Religion und Hebräisch unterrichtet wurden, israelische Lieder und Tänze sowie Traditionen und Speisen zu den jeweiligen jüdischen Festen kennenlernen konnten, gemeinsam koscher aßen und an jüdischen Feiertagen als Kollektiv unterrichtsfrei hatten. Von Beginn an besuchten jüdische wie nichtjüdische Kinder die Schule.⁶

Die Schüler:innenzahlen stiegen schnell: Zwei Jahre nach der Schulgründung wurden 68 Kinder in vier Klassen von vier Lehrerinnen unterrichtet. In dieser Zeit erhielt die Privatschule in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Frankfurts die staatliche Anerkennung. 1986 eröffnete das neue Gemeindezentrum im Frankfurter Westend, mit dem die Gemeinde in die Stadtmitte zurückkehrte. Auch die Lichtigfeld-Schule zog in das Gebäude mit ein, wodurch die Schüler:innen direkten Zugang zum Jugendzentrum und zu anderen Gemeindeinstitutionen erhielten. Der Umzug ging mit dem Ausbau der Schule einher, sodass eine Förderstufe und die Klassen 5 und 6 eingerichtet wurden.⁷ Zu dieser Zeit existierten neben der Lichtigfeld-Schule nur die 1969 gegründete Sinai-Ganztages-Grundschule in München sowie die 1986 eröffnete Heinz-Galinski-Grundschule in Berlin.⁸

Seit den 1990er Jahren immigrierten ca. 215.000 Jüd:innen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland.⁹ Sie wurden mittels des

5 Seit dem Tod von Rabbiner Lichtigfeld im Jahr 1967 trägt die Schule den Namen I. E. Lichtigfeld-Schule.

6 Springborn, Jüdische Kinder- und Jugendbildung (Anm. 3), S. 151-154.

7 I. E. Lichtigfeld-Schule (Hrsg.), Die Geschichte einer außergewöhnlichen Bildungsstätte: Die Meilensteine unserer Schulgeschichte, <https://lichtigfeld-schule.de/was-sie-ueber-uns-wissen-sollten/die-geschichte-der-i-e-lichtigfeld-schule/> (eingesehen am 11.10.2023). Vgl. auch Alexa Brum, Die Integration russischsprachiger Kinder aus der UdSSR und GUS in der I. E. Lichtigfeld-Schule zu Frankfurt am Main: Ein Bericht aus der Praxis, in: Stephanie Zloch/Lars Müller/Simone Lässig (Hrsg.), Wissen in Bewegung: Migration und globale Verflechtungen in der Zeitgeschichte seit 1945, Berlin 2018, S. 349-371, hier S. 352 f.

8 Zentralrat der Juden in Deutschland, Jüdische Einrichtungen (Anm. 2) (eingesehen am 26.7.2023).

9 Karen Körber/Andreas Gotzmann, Lebenswirklichkeiten: Russischsprachige Juden in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, Göttingen 2022, S. 11.

»Königsteiner Schlüssels« auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Durch die Immigration russischsprachiger Jüd:innen wurden ab Mitte der 1990er und insbesondere seit Beginn der 2000er Jahre an mehreren Orten jüdische Schulen gegründet bzw. bestehende Schulen erweitert. Auch die Frankfurter Gemeinde, die Mitte der 1980er-Jahre rund 4500 Mitglieder zählte, vergrößerte sich um ca. 4000 Jüd:innen. Bereits im Zeitraum von 1995-2000 machten die Kinder der Neueinwandernden ca. dreißig Prozent der Schülerschaft an der Lichtigfeld-Schule aus.¹⁰

Infolge der schnell steigenden Schüler:innenzahlen zog die Lichtigfeld-Schule im August 2006 nach aufwändigen Sanierungsarbeiten in das ehemalige Philanthropin-Gebäude im Frankfurter Nordend, nachdem zwei Jahre zuvor die Stadt der Jüdischen Gemeinde Frankfurt das Gebäude übergeben hatte.¹¹ Dieser Umzug bedeutete eine Erweiterung und Vergrößerung der Schule: So wurde sie zu einem Sekundarstufen-I-Gymnasium nach dem G-8-Konzept und zur Ganztagschule. Aufgrund der wachsenden Schüler:innenzahlen erhielt die Grundschule der Lichtigfeld-Schule 2020 ihren eigenen Standort. Sie befindet sich seitdem neben dem Gemeindezentrum im Frankfurter Westend, während im Gebäude des ehemaligen Philanthropins die Klassen 5-12 und damit das Gymnasium der Schule untergebracht ist. Die Lichtigfeld-Schule besuchten 2022 ca. sechshundert jüdische und nichtjüdische Schüler:innen.¹²

Während die Einwanderung von Jüd:innen aus der ehemaligen Sowjetunion in Frankfurt am Main die Erweiterung und Vergrößerung der seit den 1960er Jahren bestehenden jüdischen Grundschule zur Folge hatte, führte die Immigration andernorts, erstmalig nach 1945, zur Neugründung von jüdischen Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Der größte Teil der heutigen jüdischen Schulen wurde zu Beginn der 2000er Jahre gegründet. Dazu zählen die jüdischen Grundschulen in Stuttgart, Köln und Berlin sowie die 2007 gegründete Joseph-Carlebach-Schule in Hamburg.¹³

Am Beispiel der Joseph-Carlebach-Schule zeigt sich, dass der Aufbau jüdischer Bildungseinrichtungen in Deutschland nach 1990 nicht allein das Ergebnis eines erheblichen Wachstums an Mitgliedern in den jüdischen Gemeinden war, sondern von zwei in den USA ansässigen jüdisch-orthodoxen Outreach-Organisationen initiiert und auch finanziell gefördert wurde, die nach 1989 ihr Tätigkeitsfeld in Ost- und Mitteleuropa ausgebaut hatten, um lokal religiös-jüdisches Leben wieder aufzubauen und zu stärken: Lauder Yeshurun, der

¹⁰ Brum, Die Integration (Anm. 7), S. 353 f.; Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main (Hrsg.), Die Geschichte der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, <https://jg-ffm.de/de/gemeinde/geschichte> (eingesehen am 12.9.2023). Heute zählt die Frankfurter Gemeinde rund 7000 Mitglieder.

¹¹ I.E. Lichtigfeld-Schule, Die Geschichte einer außergewöhnlichen Bildungsstätte (Anm. 7) (eingesehen am 11.10.2023).

¹² Ebd.

¹³ Zentralrat der Juden in Deutschland, Jüdische Einrichtungen (Anm. 2) (eingesehen am 26.7.2023).

Trägerverein der Projekte in Deutschland, ist auf religiöse jüdische Bildungsprogramme spezialisiert, die vor allem säkular erzogene jüdische Jugendliche erreichen und insbesondere russischsprachige Jüd:innen anziehen sollen.¹⁴ Die Organisation war in verschiedenen Städten an der Gründung von Kindergärten, Schulen und Gemeindezentren maßgeblich beteiligt.¹⁵ Dazu gehört die Lauder-Morijah-Grundschule in Köln, die 2002 mit der finanziellen Unterstützung der Ronald Lauder Foundation gegründet wurde und seit 2004 fester Bestandteil des Wohlfahrtszentrums der Synagogen-Gemeinde Köln ist, zu dem neben der Grundschule eine Kita sowie Sozialeinrichtungen der Gemeinde gehören.¹⁶

Neben der Ronald Lauder Foundation ist insbesondere die in New York angesiedelte chassidische Organisation Chabad Lubawitsch (Chabad) zu nennen, die als eine Bewegung der innerjüdischen Missionierung einmalig ist. Bereits seit den 1960er Jahren entsendet Chabad sogenannte Schluchime, d. h. einen ausgebildeten Chabad-Rabbiner und dessen Frau, in verschiedene Teile der Welt, um lokale Niederlassungen zu errichten. Die global tätige Organisation macht es sich zur Aufgabe, Jüd:innen an religiöse Traditionen »zurückzuführen«, und kann darin vor allem seit den 1990er Jahren Erfolge aufweisen. Allein in Deutschland existieren mittlerweile Standorte in zwanzig Städten und an mehreren Orten sind Jeschiwot, Kindergärten und Schulen eingerichtet worden.¹⁷

Mit der Ankunft von Rabbiner Shlomo Bistritzky und seiner Frau Chani Bistritzky ist Chabad seit 2003 auch in Hamburg ansässig. 2004 wurde unter der Leitung von Rabbiner Bistritzky eine Chabad-Hebräisch-Schule gegründet und 2006 das Jüdische Bildungszentrum Chabad, welches seit 2014 das orthodoxe Rabbinerseminar Or Jonatan beherbergt. Von Beginn an bot das Paar der Jüdischen Gemeinde seine Unterstützung an.¹⁸ Auch die Hamburger Jüdische Gemeinde hatte sich im Zuge der Immigration russischsprachiger Jüd:innen sichtbar verändert. Die Zahl der Gemeindemitglieder hatte sich verdoppelt und lag 2004 bei rund 3000 Personen. Wie in allen Gemeinden waren die Bedarfe gewachsen, die zuallererst im Bereich der Sozialbetreuung lagen, zu denen aber auch Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendbildung kamen.¹⁹

Zum Wiederaufbau des jüdischen Bildungsbereichs in einer deutlich größer gewordenen Gemeinde trugen auch in Hamburg die beiden orthodox jüdischen

14 Karen Körber, Zwischen Religion und Säkularität. Orthodox geführte Einheitsgemeinden – global orthodoxe Gemeinschaften, in: Körber/Gotzmann, Lebenswirklichkeiten (Anm. 9), S. 139-158.

15 Eva-Maria Schrage, Jüdische Religion in Deutschland: Säkularität, Traditionsbewahrung und Erneuerung, Wiesbaden 2019, S. 49-53.

16 Synagogen-Gemeinde Köln (Hrsg.), Wohlfahrtszentrum Ottostraße, <https://www.sgk.de/wohlfahrtszentrum/> (eingesehen am 31.8.2023).

17 Schrage, Jüdische Religion in Deutschland (Anm. 15), S. 50-52; Chabad Lubawitsch Deutschland (Hrsg.), <http://chabad.de/> (eingesehen am 26.7.2023).

18 Chabad Lubawitsch Hamburg (Hrsg.), <https://www.chabadhamburg.de/> (eingesehen am 26.7.2023).

19 Gabriela Fenyes, Jüdische Gemeinde nach 1989, <http://www.dasjuedischehamburg.de/node/241>. (eingesehen am 3.8.2023).

Organisationen wesentlich bei: Im Jahr 2000 eröffnete der Ronald S. Lauder Kindergarten im Gemeindezentrum in der Hohen Weide, der ab 2001 in der Schäferkampsallee untergebracht wurde, wo sich zu der Zeit das Verwaltungszentrum der Jüdischen Gemeinde Hamburgs befand. Dort hatte es Anfang der 2000er Jahre auch einen ersten Schulgründungsversuch gegeben. Parallel erfolgte im Oktober 2002 die Rückgabe des Grundstücks »Grindelhof 30« durch die Stadt Hamburg an die Jüdische Gemeinde: Am 1. Juli 2004 wurde das Eigentum am Grundstück an die Stiftung Jüdisches Leben übergeben. Nach der Sanierung und Restaurierung des Gebäudes und der Umsetzung entsprechender Sicherheitsmaßnahmen war das Gebäude der ehemaligen Talmud Tora Schule im Sommer 2007 bezugsfertig.²⁰

In das neue Gemeindezentrum zogen die Verwaltung der Gemeinde, der Kindergarten und die neu eröffnete Grundschule ein, die im August 2007 als Joseph-Carlebach-Schule ihren Schulbetrieb mit 18 Schüler:innen begann, die sich auf eine Vorschul- und eine erste Klasse aufteilten. In den darauffolgenden Jahren stiegen die Schüler:innenzahlen kontinuierlich: Im Schuljahr 2009/10 besuchten bereits 53 Kinder die Grundschule und 2011 wurde eine Sekundarstufe bewilligt. Durch diese Erweiterung der Schule von einer Grundschule zu einer weiterführenden Schule in Form einer Stadtteilschule war es möglich, 2020 den ersten Abiturjahrgang der Joseph-Carlebach-Schule zu verabschieden. Als staatlich anerkannte, private und gebundene Ganztagschule in der Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde in Hamburg steht die Schule sowohl jüdischen wie nichtjüdischen Kindern offen. Die Joseph-Carlebach-Schule besuchten 2022 ca. zweihundert jüdische und nichtjüdische Kinder und Jugendliche.²¹

Während in Hamburg der erste Abiturjahrgang 2020 verabschiedet werden konnte, wurde an der Lichtigfeld-Schule in Frankfurt im Sommer 2021 das erste Abitur abgenommen. In beiden Städten war es jeweils der erste Abiturjahrgang seit der Shoah. Neben diesen beiden Schulen gründeten sich in den letzten Jahren weitere jüdische Bildungsinstitutionen oder bestehende jüdische Schulen wurden um eine entsprechende Oberstufe erweitert. 2016 eröffneten in München und Düsseldorf jüdische Gymnasien, sodass – neben den bereits existierenden Schulen in Hamburg, Frankfurt und Berlin – in den nächsten Jahren

20 Ebd.

21 Daniel Killy, Neueröffnung der Joseph-Carlebach-Schule: Hamburg 2007, Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, <https://dx.doi.org/10.23691/jgo:source-164.de.v1> (eingesehen am 26.7.2023); Fenyés, Jüdische Gemeinde nach 1989 (Anm. 19) (eingesehen am 3.8.2023); Carina Braun, Neu: Fünftklässler an der Joseph-Carlebach-Schule, in: Hamburger Abendblatt, 16. August 2011, <https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article08080547/Neu-Fuenftklaessler-an-der-Joseph-Carlebach-Schule.html> (eingesehen am 31.7.2023); Juliane Lauterbach, Joseph-Carlebach-Schule: Erstes Abitur seit dem Holocaust, in: Hamburger Abendblatt, 27. Juni 2020, <https://www.abendblatt.de/hamburg/article229400332/Hamburg-juedische-Joseph-Carlebach-Schule-Erstes-Abitur-seit-der-Shoa-Zwangsschliessung-Nationalsozialismus.html> (eingesehen am 31.7.2023).

auch in Bayern und NRW das Abitur an jüdischen Schulen möglich sein wird. Daneben gibt es erste Schulen, die über verschiedene religiös-jüdische Profile verfügen. So existieren in Berlin neben der Grundschule und dem Gymnasium der Jüdischen Gemeinde zu Berlin die jüdisch-konservative Masorti Grundschule, die modern orthodoxe Lauder Beth-Zion-Schule sowie die von Chabad gegründeten Schulen.²²

Möglichkeiten und Herausforderungen jüdischer Schulbildung

Wirft man einen vergleichenden Blick auf die Lichtigfeld-Schule und die Joseph-Carlebach-Schule, so lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede beobachten, was die Möglichkeiten, das Verständnis und die Gestaltung einer jüdischen Schule in der Gegenwart betrifft: In beiden Fällen handelt es sich um staatlich anerkannte Privatschulen, die in der Trägerschaft der jeweiligen jüdischen Gemeinde liegen. Beide Schulen stehen jüdischen wie nichtjüdischen Kindern offen und werben mit einem Angebot, das für viele Eltern attraktiv und für eine Privatschule vergleichsweise kostengünstig ist: kleine Klassen, individuelle Förderung sowie ein integriertes Ganztagsangebot. Insbesondere die mit dem Betreuungsangebot einer Ganztagschule einhergehende elterliche Entlastung – wie die inkludierte Essensversorgung – führt auch zu einer wachsenden Anzahl von nichtjüdischen Eltern, die für ihre Kinder die jüdischen Schulen Frankfurts und Hamburgs auswählen. Während an der Lichtigfeld-Schule jüdische Kinder die Mehrheit stellen, wächst an der Joseph-Carlebach-Schule zwar in der Grundschule der Anteil der jüdischen Schüler:innen, in der Sekundar- und Oberstufe bilden jedoch nichtjüdische Schüler:innen die Mehrheit. Den insgesamt größten zahlenmäßigen Anteil an der Schülerschaft bilden an beiden Schulen jedoch jüdische Schüler:innen, deren Familien in den letzten drei Jahrzehnten aus der Sowjetunion und den postsowjetischen Staaten eingewandert sind. Infolge dieses Wachstumsschubes konnte sowohl die jahrzehntelang existierende Frankfurter Jüdische Grundschule wie auch ihr junges und zahlenmäßig deutlich kleineres Hamburger Pendant binnen kurzer Zeit um weiterführende Schulformen ergänzt werden. Zugleich sind dadurch an den Schulen auch spezifische Bedarfe entstanden. Diese betreffen zum einen die Sprachförderung russischsprachiger Kinder und zum anderen die Vermittlung von jüdischer Tradition und Religion im Rahmen von schulischer Bildung, da in den Elternhäusern vielfach ein eher distanzierteres Verhältnis zum Judentum dominiert.

Beide Schulen folgen dem Curriculum der öffentlichen Schulen und sind ihnen darin so weit gleichgestellt, dass sie selbstständig Prüfungen abnehmen können. Zugleich verfügen sie über ein jüdisches Profil, wodurch für alle Schüler:innen die Fächer Hebräisch und Jüdische Religion verpflichtend sind

22 Zentralrat der Juden in Deutschland, Jüdische Einrichtungen (Anm. 2).

und verbindliche Praktiken im Schulalltag zur Geltung kommen. Dazu gehören Gebete am Morgen und vor den Mahlzeiten, eine koschere Verpflegung an der Schule, das verpflichtende Tragen der Kippa zu den Mahlzeiten und im Religionsunterricht für alle männlichen Schüler sowie ein Schulleben, das vom jüdischen Wochen- und Jahreszyklus geprägt ist. Die Woche endet freitags mit Kabbalat Shabbat und die jüdischen Feste werden gemeinsam im Klassen- und Schulverband vorbereitet und gefeiert, ebenso richtet sich der Ferienkalender nach den jüdischen Feiertagen.

Jüdisch-religiöse Praktiken im Schulalltag – Fallbeispiel Kaschrut

Zu den zentralen Herausforderungen jüdischer Schulen in der Gegenwart gehört der Umgang mit einer heterogenen Schüler:innenschaft, zu der nicht-jüdische und jüdische Schüler:innen gehören, wobei sich auch innerhalb der jüdischen Schüler:innenschaft ein breites Spektrum an Denominationen und Selbstverständnissen zeigt. Damit einher gehen unterschiedliche Vorstellungen über die an den Schulen geltenden jüdisch-religiösen Praktiken, die sich insbesondere in Diskussionen über die konkrete Umsetzung der Kaschrut widerspiegeln, in denen folglich die konkrete Ausgestaltung des jüdischen Profils vor dem Hintergrund einer heterogenen Schüler:innenschaft verhandelt wird.

Grundsätzlich folgt die Zubereitung des Schulessens an der Lichtigfeld-Schule den Regeln der orthodoxen Rabbinerkonferenz. Gleichwohl gab es im Schulalltag wiederholt Situationen, in denen anlässlich von Schulfesten und -feiern konkret verhandelt wurde, wie die Umsetzung der Kaschrut aussieht. Die Direktorin der Schule schildert im Folgenden beispielhaft die Auseinandersetzungen mit Eltern bzw. in der Elternschaft, denen verschiedene Vorstellungen darüber zugrunde liegen, wann und für wen welche Speiseregeln im Rahmen der Schule gelten. Anlässlich eines Buffets zu Chanukka beschlossen einige der nichtjüdischen Eltern auch Speisen mitzubringen, die nicht koscher waren:

[...] es war so, dass manche gesagt haben: Also ich mache-, also die Spätzle, die ich mache, die ist so lecker-. Dann ist sie zwar nicht koscher, dann machen wir so am Buffet-, wir machen hier eine Hälfte nicht koscher und dann sagen wir: Hier, die Hälfte ist koscher. Und dann befüllen wir beides und jedes Kind nimmt sich, wo sie es will. Und dann haben jüdische Eltern gesagt: Warum darf sich nicht mein Kind an Allem bedienen? Warum kann man nicht alles lecker und koscher gestalten? Warum müssen wir an einer jüdischen Schule um so etwas kämpfen? Das wollen wir nicht.²³

Die Schulleitung beschloss auf den Protest der jüdischen Eltern hin, dass anlässlich von Feiern nur noch koschere Speisen mitgebracht werden dürften. Damit war die Diskussion jedoch nicht beendet. Schließlich existieren nicht

23 Transkript Expertin Interview Direktorin Lichtigfeld-Schule, Pos. 14.

nur zwischen jüdischen und nichtjüdischen Eltern, sondern auch innerhalb der jüdischen Elternschaft unterschiedliche Verständnisse, die von säkular bis hin zu streng observant lebenden Familien reichen. Als die Direktorin mit der Haltung ultraorthodoxer Familien konfrontiert wurde, dass künftig zu Geburtstagsfeiern in der Schule nur solche Kuchen mitgebracht werden dürften, die in ihren eigenen Küchen zubereitet worden waren, weil es sonst keine Kontrolle über die Einhaltung der religiösen Regeln bei der Zubereitung der Speisen gäbe, beendete sie die Auseinandersetzungen endgültig. Mit dem Verweis darauf, dass sie als Schulleiterin gegenüber den Eltern das Recht auf Privatsphäre zu wahren habe, beschloss sie, dass künftig Lebensmittel, die zur Feier privater Anlässe mit in die Schule gebracht würden, ausschließlich im gemeindeeigenen koscheren Restaurant oder Geschäft zu erwerben seien.

Der geschilderte Konflikt um die Wahrung der Kaschrut-Regeln zeigt auf, wie die mehrheitlich jüdische Elternschaft gegenüber den nichtjüdischen Eltern aktiv das jüdische Profil der Schule einfordert, um in diesem Raum verbindlich für alle Anwesenden Regeln durchzusetzen, die jenseits der Schule nur gegenüber der eigenen Gruppe geltend gemacht werden können. Ermöglicht die Schule jüdischen Eltern und Kindern also die Erfahrung, in ihren Räumlichkeiten gegenüber Nichtjuden einmal nicht in der Position der Minderheit zu sein, so weisen umgekehrt die innerjüdischen Aushandlungen über die Speiseregeln auf die unterschiedlichen Vorstellungen einer jüdisch-heterogenen Elternschaft hin, zu der sowohl orthodoxe und ultraorthodoxe als auch liberale und säkulare Jüd:innen gehören.

Während in Frankfurt infolge einer durch die mehrheitlich jüdische Elternschaft initiierten Diskussion die Entscheidung getroffen wurde, die Kaschrut-Regeln zu verschärfen, erfolgte an der Joseph-Carlebach-Schule eine solche Verschärfung auf Initiative des Schulrabbiners, der neben der Schulleiterin für die religiösen Belange der Schule zuständig ist. Anders als in Frankfurt, besuchen in Hamburg die weiterführende Schule mehrheitlich nichtjüdische Kinder und Jugendliche. Dabei gelten in Hamburg die Kaschrut-Regeln von Chabad Lubawitsch, die für die gesamte Schüler:innenschaft verbindlich sind. Zur Durchsetzung dieser Regeln erhalten alle Eltern von Seiten der Schule sogenannte Kaschrut-Listen, auf denen die Lebensmittel aufgelistet sind, die in der Schule erlaubt sind. Zugleich unterlaufen jugendliche Schüler:innen die Kaschrut-Regeln, indem sie nichtkoschere Süßigkeiten und Getränke heimlich in die Schule mitbringen. Werden diese von Lehrer:innen entdeckt, konfiszieren sie z.T. die Lebensmittel und kündigen disziplinarische Konsequenzen an. Derartige Maßnahmen dienen ebenso wie die ausgeteilten Kaschrut-Listen der Durchsetzung der von Chabad festgelegten Kaschrut-Regeln an der Schule. Kaum ein Thema führt in den Interviews zu so vielen Kommentaren, wie die konkrete Umsetzung dieser Regeln und der Versuch der Schüler:innen, diese zu unterlaufen. In diesen Aushandlungen zeigt sich ein besonderes Szenario für die Hamburger Schule: Eine mehrheitlich nichtjüdische Schülerschaft soll die von Chabad Lubawitsch für die Schule aufgestellten Kaschrut-Regeln umsetzen, die

mit der Befolgung von Chalav Jisrael strengere Regeln vorschreiben, als es an anderen jüdischen Schulen in Deutschland der Fall ist.

Jüdisches Schulprofil im Unterricht – Die Ausbildung der Lehrkräfte

Neben der Umsetzung von jüdisch-religiösen Praktiken sind beide Schulen bei der Ausgestaltung des jüdischen Profils in den Unterrichtsfächern mit der Herausforderung konfrontiert, dass ausgebildete Religions- und Hebräischlehrer:innen in Deutschland ein Desiderat darstellen, was auf die institutionellen Rahmenbedingungen für diese Fächer zurückzuführen ist. So bildet die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg erst seit 2001 Lehrer:innen für das Fach Jüdische Religion aus und es ist nach wie vor an keiner deutschen Universität möglich, Hebräisch als Fremdsprache auf Lehramt zu studieren.²⁴

In der Konkurrenz um die wenigen Lehrkräfte, die derzeit alle jüdischen Schulen betrifft, verfügt die Lichtigfeld-Schule als ältere, größere und ressourcenstärkere Schule über andere Voraussetzungen als die junge Carlebach-Schule.

Die derzeitige Direktorin der Schule war, bevor sie 2014 die Leitung der Lichtigfeld-Schule übernahm, bereits als Lehrerin für Judaistik und Hebräisch an der Jüdischen Oberschule in Berlin tätig und leitete die Heinz-Galinski-Schule, die seit 1986 bestehende jüdische Grundschule in Berlin. Als Direktorin und in Israel ausgebildete Lehrerin hat sie die Fachleitung für das Fach Iwrit übernommen. Vor dem Hintergrund ihrer bisherigen Erfahrungen in der Vermittlung jüdischer Bildung sind die von ihr angestellten Hebräischlehrer:innen Muttersprachler:innen, die entweder über eine Ausbildung als Sprachlehrkräfte verfügen oder als Lehrer:innen eine Zusatzausbildung absolviert haben, bevor sie Iwrit an der Schule unterrichten.²⁵ Auch im Fach Jüdische Religion lehrt u. a. eine Religionslehrerin, die an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg Pädagogik und Jüdische Studien studierte und das Kerncurriculum für das Fach Jüdische Religion für die Primar-, Sekundar- und Oberstufe in Hessen miterarbeitet hat.²⁶

An der Joseph-Carlebach-Schule gibt es aufgrund der Größe der Schule insgesamt weniger Lehrkräfte und nur einen ausgebildeten Religionslehrer. So wird der Unterricht in den judaistischen Fächern, vor allem in der Grundschule, von Quereinsteigerinnen und von Frauen der Chabad-Rabbiner des orthodoxen

24 Springborn, Jüdische Kinder- und Jugendbildung (Anm. 3), S. 313-315.

25 Martin Steinhagen, Hebräisch-Schwerpunkt stärken, in: Frankfurter Rundschau, 16. Januar 2019, <https://www.fr.de/frankfurt/hebraeisch-schwerpunkt-staerken-11247308.html> (eingesehen am 27.7.2023).

26 Als Beispiel für die Kerncurricula für das Fach Jüdische Religion in Hessen, vgl. Hessisches Kultusministerium (Hrsg.), Bildungsstandards und Inhaltsfelder: Das neue Kerncurriculum für Hessen – Jüdische Religion Sekundarstufe I – Gymnasium, Wiesbaden 2018, https://kultusministerium.hessen.de/sites/kultusministerium.hessen.de/files/2021-07/kc_jr_gv.pdf (eingesehen am 27.7.2023).

Rabbinerseminars erteilt, die zwar über sprachliche und religiöse Kenntnisse, aber über keine didaktische oder pädagogische Ausbildung verfügen. Auf diese Weise wird der Mangel an ausgebildeten Religions- und Hebräischlehrer:innen an der Joseph-Carlebach-Schule durch Personal von Chabad ausgeglichen, was sich beispielsweise in einer religiöseren Ausrichtung des Hebräischunterrichtes in der Primarstufe zeigt.

Jüdische Schulen als Safe Space: Antisemitismus und jüdischer Erfahrungsraum

Der größere Teil aller interviewten jüdischen Schüler:innen besuchte an beiden Standorten bereits seit früher Kindheit jüdische Bildungseinrichtungen, ohne Erfahrungen im öffentlichen deutschen Bildungssystem gemacht zu haben. Hier wurden dementsprechend keine in der Schullaufbahn erlebten antisemitischen Vorfälle geschildert. Vielmehr äußerten jüdische Eltern in den Interviews den Wunsch, ihre Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren vor dem Gefühl des Alleinseins bzw. des Andersseins schützen zu wollen, das sie ihrer Einschätzung nach als Jüd:innen im staatlichen Bildungssystem erleben würden. So berichtet eine Mutter, deren Kinder die Eingangsstufe der I. E. Lichtigfeld-Schule besuchen, über ihre Entscheidung für eine jüdische Grundschule:

Also zum einen halte ich das Gefühl für sehr wichtig einmal kennenzulernen, dass man nicht alleine ist. Was eben ein Gefühl ist, was sich durchaus einstellen kann als Jude in Deutschland, wenn man, ich sage mal, im üblichen Schulzweig ist und dann irgendwie nur das Gefühl hat, es gibt hier und da eine Insel. Auch wenn die Lichtigfeld-Schule natürlich auch eine Insel ist, aber eben so ein Gemeinschaftsgefühl einmal zu entwickeln, die Gemeinde kennenzulernen.²⁷

Wichtig war mir, dass die keinem Antisemitismus auf anderen Schulen ausgesetzt werden. Also das ist jetzt eher im Sinne von einem Ausschlusskriterium für eine andere Grundschule [...] Und die Frage ist halt, wie früh will man seine Kinder Antisemitismus aussetzen und ich habe beschlossen nicht so früh.²⁸

In diesen Passagen wie auch anderen Interviews zeigt sich neben dem Schutz vor Ausgrenzungserfahrungen durch die Wahl einer jüdischen Grundschule auch der Wunsch nach dem Erleben einer jüdischen Zugehörigkeit, die im Austausch mit anderen Jüd:innen erfahren wird. So bieten beide Schulen jüdischen Familien einen Ort, wo ihre Kinder, gemeinsam mit anderen jüdischen Schüler:innen, Hebräisch und die Grundlagen der jüdischen Religion

27 Transkript Elterninterview 2_jüdisch_Lichtigfeld_FfM, Pos.5.

28 Ebd., Pos. 78.

erlernen. In der Wahrnehmung der Eltern trägt der Schulbesuch dazu bei, dem eigenen Nachwuchs ein wachsendes Selbstbewusstsein als junge Jüd:innen zu ermöglichen und darüber die eigene jüdische Identität zu stärken. Denn in der Primarstufe – in der in Frankfurt die große Mehrheit der Klassen aus jüdischen Kindern besteht und in Hamburg diese die Hälfte der Schulgemeinschaft ausmachen – schaffen beide Schulen einen Raum, in dem Judentum und Jüdischsein als Gegenstand der jüdischen Erziehung vermittelt und zudem gemeinsam mit anderen Jüd:innen erfahren wird.

Diese Erfahrungen unterscheiden sich von dem Schulleben an den beiden weiterführenden jüdischen Schulen hinsichtlich der Zusammensetzung der Schülerschaft und der Ausgestaltung des jüdischen Profils. Das jüdische Profil verliert in der Sekundarstufe und insbesondere in der Oberstufe an beiden Standorten an Stellenwert. So ist in der Sekundarstufe II an beiden Schulen die Teilnahme am Morgengebet und am Hebräischunterricht freiwillig und auch im Religionsunterricht verändert sich die inhaltliche Ausrichtung: Während der Unterricht in der Primarstufe an beiden Standorten ausschließlich Einheiten zum Judentum beinhaltet, sind in Frankfurt ab der Mittelstufe auch andere Religionen fester Bestandteil des Kerncurriculums und in Hamburg wird ein freiwilliger Wahlpflichtkurs über andere Religionen angeboten.

Zudem spielen andere Religionen in der Grundschule – auch aufgrund der Zusammensetzung der Schüler:innenschaft – im sozialen Miteinander kaum eine Rolle. Dies verändert sich mit dem Eintritt in die Sekundarstufe, weil ein Teil der jüdischen Schüler:innenschaft in Hamburg und Frankfurt auf staatliche Schulen wechselt. Denn einige Eltern präferieren für ihre Kinder eine weiterführende Schule mit einer pluralen Schüler:innenschaft, damit ihre Kinder andere Religionen und Kulturen in ihrem Schulalltag besser kennenlernen können. In Hamburg verlassen zudem die orthodox-religiösen Kinder die Joseph-Carlebach-Schule, um nach Israel zu gehen.

Zugleich vergrößert sich der Anteil nichtjüdischer Schüler:innen an beiden weiterführenden Schulen, da sich deren Eltern aus unterschiedlichen Gründen für die beiden Schulen entscheiden: Bei der Frankfurter Schule handelt es sich um ein leistungsstarkes G8-Gymnasium, das aufgrund seines Schulprogramms und seines sehr guten Rufes in der Frankfurter Schullandschaft leistungsinteressierte Elternhäuser anzieht. In Hamburg wechselten interviewte nichtjüdische Jugendliche aufgrund von Ausgrenzungs- und Mobbing Erfahrungen an staatlichen Hamburger Schulen auf die Joseph-Carlebach-Schule, da ihre Eltern die jüdische Stadtteilschule als kleine und behütete Schule wahrnahmen, die ihren Kindern ein familiäres Schul- und Sozialklima biete. Dies hat zur Folge, dass sich der Anteil nichtjüdischer Schüler:innen an beiden Standorten vergrößert und in Hamburg die nichtjüdischen Schüler:innen eine Mehrheit in der Stadtteilschule bilden.

Auch die Antisemitismus-Erfahrungen jüdischer Schüler:innen unterscheiden sich zwischen der Grund- und weiterführenden Schule. So berichteten jüdische Eltern, dass sie die jüdischen Grundschulen in Frankfurt und Hamburg

als einen geschützten Ort für ihre Kinder wahrnahmen. Dabei schilderten viele Eltern ein Verhalten, das durch Vermeiden und Verstecken die Zugehörigkeit ihrer Kinder vor Angriffen und Verletzungen schützt, in dem sie beispielsweise ihre Söhne anweisen, in der Öffentlichkeit keine Kippa zu tragen, oder sie bitten, diese unter einer Cap zu verstecken. Antisemitische Vorfälle haben ihre Kinder noch nicht direkt erlebt. Im Unterschied dazu berichteten manche jüdische Schüler:innen der Mittel- und Oberstufe in Frankfurt und Hamburg, die einen größeren Teil ihrer Freizeit ohne ihre Eltern in öffentlichen Räumen verbringen, von erfahrenem Antisemitismus im Sportverein, auf Partys oder unter Bekannten. Dafür kann stellvertretend das Beispiel eines Abiturienten der Joseph-Carlebach-Schule stehen:

Ich habe halt früher Leistungssport gemacht [...] Und dort ist auch in der Kabine halt auch-, da wusste halt niemand, dass ich jüdisch bin. Das habe ich ja auch nie wirklich so herausposaunt oder erzählt, nur wenn mich jemand gefragt hat. Aber da ist es oft in der Kabine so vorgekommen, dass so, ja, wir wollen doch nicht wie Juden spielen oder wir sind doch keine Juden und so, so spielen wir nicht. Das kam halt oft vor in der Kabine [...] Und dann, umso älter wir wurden, umso stärker wurden die Beleidigungen.²⁹

Auch diese Passage beschreibt neben erfahrenem Antisemitismus im Sportverein ein Verhalten, das durch Vermeiden und Verstecken die eigene Zugehörigkeit zum Judentum vor Angriffen und Verletzungen schützt. Davon berichteten viele der interviewten jüdischen Jugendlichen. Der Besuch einer jüdischen Schule schafft vor diesem Hintergrund nicht nur einen Schutzraum, er ermöglicht zugleich einen Perspektivwechsel, der wiederum in der Interaktion mit der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft die eigene Position und Identität stärkt. Dabei berichteten die Jugendlichen, dass der Schulbesuch und der damit einhergehende Austausch mit anderen Jüd:innen ihre Beziehung zum Judentum gestärkt und sich ihr Wissen über das Judentum erweitert habe. So auch im Fall eines Absolventen der Joseph-Carlebach-Schule, der im Folgenden ausführt, wie der Schulbesuch sein eigenes Verständnis vom Judentum und die eigene bzw. familiäre Ausübung der Feiertage beeinflusst hat:

Aber durch die Schulzeit habe ich halt diesen Kontakt zum Judentum halt kennengelernt-, also ich habe den Kontakt aufgebaut. Ich habe neue Leute kennengelernt. Und habe halt auch verstanden, was ist überhaupt Schabbat, was ist Chanukka. Und dann haben wir es halt auch angefangen zu feiern durch die Schule. Und das hat-, fand ich, hat das mir so alles viel, viel nähergebracht, weil sonst, wäre ich nicht auf der jüdischen Schule, glaube ich nicht, dass ich da jetzt irgendwie sowas mal gefeiert hätte oder auf jüdische Ferienlager gefahren wäre mit meinen Freunden.³⁰

29 Transkript Schülerinterview 2_jüdisch_JC Schule_HH, Pos. 59.

30 Transkript Schülerinterview 2_jüdisch_JC Schule_HH, Pos. 19.

Dieses letzte Beispiel eines ehemaligen Schülers bestätigt aus der Rückschau nicht nur die stärkere Bindung an das Judentum, sondern unterstreicht eine wesentliche Funktion, die jüdischen Schulen wie Gemeinden in dem Maße zukommt, in dem die Familie als primäre Sozialisationsinstanz jüdischer Erziehung zurück- und diese Aufgaben an jüdische Institutionen abtritt. Dabei verbinden jüdische Eltern mit der Wahl einer jüdischen Schule oftmals den Wunsch, dass ihre Kinder im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung Wissen über jüdische Geschichte, Religion und Tradition vermittelt bekommen und sie in die Praxis jüdischer Fest- und Feiertage eingeführt werden. Dieser Bedarf an einer schulisch vermittelten jüdischen Bildung hängt auch damit zusammen, dass vielen Eltern ein tiefergehendes religiöses Wissen fehlt – nicht zuletzt aufgrund der eigenen oder familiären Migrationsbiografie aus der ehemaligen Sowjetunion, wie es für die zuletzt zitierte Interviewpassage und einen Großteil der heute in Deutschland lebenden Jüd:innen zutrifft –, sodass sich viele Eltern für die Joseph-Carlebach-Schule und die I. E. Lichtigfeld-Schule entscheiden.

Schlussbetrachtung

Die hier erfolgte Auseinandersetzung mit jüdischer Schulbildung in der Gegenwart verdeutlicht, dass mit Beginn des 21. Jahrhunderts die hiesige jüdische Gemeinschaft erstmals nach der Shoah neue Antworten auf die Fragen nach jüdischer Bildung und Erziehung zu geben versucht. Dabei sind auch jüdische Schulen als integraler Bestandteil des deutschen Bildungssystems mit einer heterogenen Zusammensetzung ihrer Schüler:innenschaft konfrontiert. Der Umgang der beiden hier vorgestellten Schulen damit zeigt sich in der konkreten Ausgestaltung der an den Schulen geltenden jüdisch-religiösen Praktiken. So konnte am Beispiel der Kaschrut illustriert werden, wie die Umsetzung des jüdischen Profils vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen nichtjüdischer und jüdischer Eltern – deren Selbstverständnisse sich auch innerjüdisch stark unterscheiden – verhandelt wird. In diesen Diskussionen werden auch die Funktionen jüdischer Schulen deutlich: Beide Schulen schaffen – neben ihrer Funktion als religiöse Sozialisationsinstanz – einen jüdischen Erfahrungsraum, in dem jüdische Erziehung im Austausch mit anderen Jüd:innen erfahren wird und der zugleich einen Safe Space vor Antisemitismus bietet.